Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 276. Abendblatt. Dienstag, den 16. Juni 1868.

Deutschland.

Berlin, 16. Juni. Se. Majestät der König machte am Sonntag Morgens in Begleitung des Kronprinzen eine Promenade durch die Anlagen im Park von Babelsberg, erledigte hierauf einige Regierungsgeschäfte, wohnte dann mit den übrigen in Potsdam residirenden hohen Herrschaften dem Gottesdienst in der Friedenskirche bei und ertheilte Mittags dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg, welcher gestern Morgens zu einer mehrwöchigen Kur nach Karlsbad abgereist ist, eine Audienz. Nach Aufhebung der Tafel kam der König in Begleitung des Kronprinzen von Potsdam nach Berlin, hatte zunächst im auswärtigen Amte eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und besuchte hierauf die Ballet-Vorstellung im Opernhause. Der Kronprinz trat mit seinen militärischen Begleitern eine Inspektionsreise nach der Provinz Pommern an und wird spätestens am Donnerstag wieder nach Potsdam zurückkehren. Gestern Morgens 8 Uhr ist der König mittelst Extrazuges nach Schloß Fürstenstein in Schlesien abgereist. Das Dejeuner wurde bei der Ankunft in Görlitz eingenommen.

Berlin, 15. Juni. Der österreichische patriotische Hülfsverein für verwundete Krieger, Militär-Wittwen und Waisen hat Ihre Majestät die Königin zum Ehren-Mitgliede ernannt und Allerhöchstihr das Diplom mit folgendem Schreiben übersandt:

„Euere Majestät! Die hingebenden Bemühungen der preußischen Hülfsvereine, den verwundeten und erkrankten Kriegern Trost und Hülfe zu spenden, haben an dem liebevollen und segensreichen Walten Eurer Majestät ein leuchtendes Vorbild gefunden. Mit Dank erinnern wir uns dieses edlen, an allen Opfern des Krieges mit gleicher Liebe geübten Samariterwerkes, und mit Bewunderung gedenken wir der bei diesem echt menschenfreundlichen Wirken so glänzend entfalteten Vorzüge eines hochsinnigen Frauenherzens.

Als Zeichen seiner ehrfurchtsvollen Dankbarkeit erlaubt sich der österreichische patriotische Hülfsverein für verwundete Krieger, Militär-Wittwen und Waisen Eurer Majestät das Diplom als Ehrenmitglied mit der tiefergebenen Bitte zu überreichen, Allerhöchstdieselben geruhen, den Verein durch die allergnädigste Annahme zu beglücken.

Mit den beifolgenden Statuten und Rechenschaftsberichten aus den Jahren 1866 und 1867 erlauben wir uns eine Darstellung unserer Organisation und unserer bisherigen Thätigkeit zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Wien, den 21. April 1868.“

(Unterschriften.)

Ihre Majestät hat hierauf in folgender Weise geantwortet: „Die Wahl zum Ehrenmitglied des österreichischen patriotischen Hülfsvereins für verwundete Krieger ehrt und erfreut Mich. Ich nehme dieselbe um so dankbarer an, da Ich diesen Beweis des Vertrauens, das in ernster Zeit entstanden ist, wohl zu schätzen weiß und in vollem Maße erwidere. Das Band christlicher Fürsorge, das uns ohne Unterschied der Stände, des Geschlechts und der Konfession zu einem großen gemeinsamen Zwecke vereint und in dem insbesondere der Frauenberuf seine volle Entwickelung findet, wird bald das werthvolle Gemeingut aller gebildeten Nationen werden. Auf ihm ruht der reichste Segen, in ihm liegt eine Gewähr für unsere Zukunft. Meine besten Wünsche begleiten die Wirksamkeit des österreichischen Vereins, dem Ich von nun an als Mitglied angehöre.

Baden, den 6. Juni 1868.

(gez.) **Augusta.**“

— Es bestätigt sich, daß Belgien am 1. Juni gelegentlich des von Mecklenburg erhobenen Entschädigungs-Anspruches wegen des Transitzolls auf der Eisenbahnstrecke von Güstrow bis Pasewalk seine, Belgiens, Forderung an Mecklenburg wegen des Scheldezolles in Verbindung mit der Angelegenheit der Bundesflagge durch eine an den Bundeskanzler gerichtete Note in Erinnerung gebracht hat. Von Interesse ist, daß Mecklenburg in der bei dem Bundesrathe eingebrachten Motivirung seines vermeintlichen Anspruches sich auf die stattgehabte Ablösung mehrerer Zölle beruft und unter Andern auch den Scheldezoll anführt, der doch nach der Note des Herrn v. Oertzen vom 16. Oktober nur gleichsam ein Geschenk sein sollte, welches die verschiedenen Regierungen Belgien gemacht haben.

— Bekanntlich hatte der Bundesrath des norddeutschen Bundes beschlossen, die Bundes-Regierungen zu ersuchen: 1) Die Fortsetzung und Vollendung des Grimm'schen deutschen Wörterbuches theils mit Geldmitteln und insbesondere dadurch zu unterstützen, daß den zur Fortsetzung und Vollendung des Werkes berufenen Gelehrten solche Stellungen zu Theil werden, welche nicht allein ihre nothwendigen Bedürfnisse decken, sondern auch genügende Muße zur raschen Förderung des Werkes gewähren; 2) dem Bundeskanzleramt ihre entsprechenden Entschließungen mitzutheilen. In Folge dessen haben die Regierungen der drei Hansestädte Lübeck, Hamburg und Bremen, ihren Bundesgenossen mit gutem Beispiele vorangehend, eine jährliche Unterstützung von 250 Thlrn. vorläufig auf 5 Jahre zugesagt.

— Der „St.-Anz.“ veröffentlicht in seiner neuesten Nummer das Gesetz über die Besteuerung des Tabacks.

Berlin, 15. Juni. (Norddeutscher Reichstag.) 23. Sitzung. Präsident: Dr. Simson. Die Sitzung wurde um 10 Uhr 22 Minuten eröffnet. Das Haus ist auf beiden Seiten sehr schwach besetzt, am Tisch des Bundesraths Delbrück und mehrere Bundeskommissarien. Eine Reihe von Urlaubsgesuchen wird heute wieder publizirt. Frhr. v. Hammerstein möchte seine Reise nicht gern unterbrechen, da der Reichstag ja doch in wenigen Tagen geschlossen würde. Der Präsident erklärte diese Annahme als irrig, worauf das Haus den Urlaub verweigert. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über die Maß- und Gewichtsordnung nach den Beschlüssen des Hauses in der vorigen Sitzung. Der Entwurf wird mit geringer redaktioneller Aenderung angenommen. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorberathung der Gesetzentwurfs, betreffend die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 9. November 1867 aufzunehmenden Bundesanleihe. — Bei Eröffnung der Generaldebatte erhält Abg. Fries das Wort. Nur über die Art und Weise der Beschaffung der Mittel könne gestritten werden, ob durch Anleihe oder Erhöhung der Matrikularbeiträge. Er halte den letzteren Weg für den geeigneteren. (Redner ist an unserer Stelle nicht im Zusammenhange zu verstehen.) Für eine Anleihe könne er sich nur erklären, wenn kein anderer Weg offen stehe. Die Beitragspflicht der kleinen Staaten bleibe immer dieselbe, die Verzinsung und Tilgung der Anleihe müsse auch durch Matrikularbeiträge erfolgen (Die Unruhe des Hauses ist so groß, daß die Stenographen sich beim Präsidenten beschweren.) — Abg. Schwerin befürwortet den Entwurf. Die Anleihe sei früher schon bewilligt, heute könne nur die Frage der Verwaltung der Anleihe aufgeworfen werden. Ueberdies hätten die Regierungen bereits ihre Zustimmung zu einer Erhöhung der Matrikularbeiträge versagt. — Abg. Waldeck gegen den Entwurf. Er halte den Weg der Anleihe nicht für unbedingt geboten. Handle es sich um Aufgeben eines konstitutionellen Rechts, so müsse das Aequivalent ein bedeutendes sein. Wir haben noch keinen geordneten Bundesstaat, kein Bundesministerium, es herrsche hier noch Willkür und Absolutismus, Dank der Reichsverfassung. Es fehle an einer geordneten Verwaltung, wie sie der preußische Staat im Jahre 1820 geschaffen habe. Dem Landtage von 1847 sei man mit einem ganz andern Ansinnen gekommen wie dem heutigen Reichstage. Man habe damals die Eisenbahn-Anleihe verweigert, um wohl keine wohlerworbenen Rechte aufzugeben. Bei Konstituirung der preußischen Schuldenkommission zu einer norddeutschen können zwischen beiden leicht Konflikte entstehen. Man bewillige heute die Anleihe und tröste sich damit, daß vielleicht eine Gelegenheit kommen werde zur Wahrnehmung der Rechte des Hauses. Die Erfahrung beweise aber, daß solche Gelegenheit nicht komme und der Respekt vor der Volksvertretung verloren gehe. Redner kommt auf die Bedürfnißfrage und verweist darauf, daß bei der schnellen Aufeinanderfolge der neueren Erfindungen viele Ausgaben vergebens gemacht werden.

Abg. Lasker: Die Nothwendigkeit der Anleihe sei schon im vorigen Jahre anerkannt. Er sei für das Gesetz, obgleich er für den bekannten §. 17 früher gestimmt habe. Die heutige Frage sei nicht identisch mit derjenigen, welche dem Hause bei Berathung des Bundesschuldengesetzes vorgelegen. An den §. 17 habe man bei Berathung der Anleihe nicht gedacht, erst dann sei der Paragraph in Vorschlag gebracht, als es sich um eine dauernde Institution gehandelt habe. Wenn die Regierung die Frage stelle, ob die Marine zu Grunde gehen, oder das Gesetz in der von ihr vorgeschlagenen Fassung zu Stande kommen solle, könne sich das Haus nicht ablehnend verhalten. Zu seinem Leidwesen sei diese Frage von der Regierung gestellt. Wenn die Noth eintrete und Institutionen des Vaterlandes gefährdet seien, so werde er im konkreten Falle immer sich so entscheiden wie heute. Auf den prinzipiellen Standpunkt des Abg. Waldeck habe das Jahr 1866 die Antwort gegeben. Unsere Flotte habe seit langer Zeit dem Volke und seiner Vertretung am Herzen gelegen. Seit 1866 sei die Entwicklung der Flotte vorgeschritten, dieselbe habe aber stets unter der Ungunst der Verhältnisse, namentlich unter unseren reaktionären Ministerien leiden müssen. Solle die Flotte jetzt zu Grunde gerichtet werden, bloßer Formalien willen? Müsse der Bund nicht alsdann mit Besorgniß hinblicken auf die Bildung der skandinavischen Union? Bei jetziger Sachlage sei die Prinzipienfrage nicht zu entscheiden. — Abg. v. Kirchmann gegen die Vorlage. (Das Haus leert sich unter großer Unruhe) Redner wendet sich gegen den Abg. Lasker, der die Würde des Hauses für gefährdet erklärt habe bei Gelegenheit der Berathung des Schuldengesetzes. Man könne keinen heftigeren Schlag führen gegen die Autorität des Hauses, als wenn man das heutige Gesetz annehme und Ja zu demjenigen sage, was man vor wenigen Monaten verworfen. (Links: Sehr richtig.) Was werde das Volk zu solchem Verfahren sagen? Es werde den Vorwurf der schlechten Information oder der Charakterschwäche erheben. Das Prinzip der Anleihe führe zu immer größerer Schuldenlast. Die Regierungen reden immer von dem einmaligen Falle, der aber immer wiederkehre. Redner verweist auf die neueren Erfindungen, nach welchen sich die Ausgabe für die Panzerschiffe nicht mehr als eine unabweisliche Nothwendigkeit herausstelle. Es sei kein Unglück, wenn die Pläne für den Augenblick noch nicht realisirt werden. Nach den großen Erfolgen des Bundeskanzlers sei es zu erklären, daß die Beharrlichkeit des Willens desselben bedeutend erhöht sei und er sich auch unter ruhigen und friedlichen Verhältnissen in keine Kontrole finden könne. Eine Empfindlichkeit sei dabei im Spiele. Das einmalige Nachgeben des Hauses führe unter solchen Umständen zu Nichts, die Gelegenheit zu Wahrnehmung der Rechte werde nie kommen, wenn hier die Festigkeit geopfert werde.

Abg. Bethusy-Huc: Mit der Annahme des Gesetzes trete das Haus keinem früheren Beschlusse entgegen. Redner geht weitläufiger auf die Bedeutung des §. 17 des Schuldengesetzes ein. Der reale Gewinn für die Marine steht ihm höher als der ideale Gewinn jener Bestimmung. — Abg. Dr. Löwe: Man motivire seine Gewissensbedenken mit Konjekturalpolitik; er hätte den Abg. Lasker für einen besseren Geschäftsmann gehalten und es nicht für möglich gehalten, daß derselbe heut schon seinen Entschluß verkünde, wie er sich in späteren Fällen der Regierung gegenüber verhalten wolle. Es liege gar kein Beweis für die Nothwendigkeit einer Nachgiebigkeit vor. In der gegenwärtigen Entwickelung der Marine seien unzweifelhaft Momente eingetreten, in welchen man sich fragen müsse, ob der richtige Weg eingeschlagen werde. Die historische Erfahrung lehre uns, daß in Finanzfragen nicht alle Hindernisse beseitigt werden dürfen; der Minister Hardenberg habe das Gesetz von 1820 als seine letzte und große That hinterlassen und nicht weniger Patriotismus gezeige, als andere Staatsmänner heutigen Tages. — Präsident Delbrück betont, daß große Interessen die Entwickelung der Marine fordern, dessen seien alle Bundesregierungen überzeugt. Wenn das Gesetz heute angenommen werde, so werde er noch heute nähere Aufschlüsse geben können über die Art der Ausführung der Arbeiten. — Abg. v. Moltke: Auch er sähe wie jeder vernünftige Mensch die enormen Ausgaben für Kriegszwecke lieber zu Friedenszwecken verwendet. Auf dem Wege der internationalen Verhandlungen werde dies aber nicht erreicht werden. Im Herzen Europas müsse sich eine Macht bilden, welche, ohne selbst erobernd aufzutreten, so stark sei, daß sie Andern den Krieg verbieten könne. Diese Macht müsse das geeinigte Deutschland sein. Auch beim Militär verfolge man die Erfindungen der Wissenschaft. Dieselben müssen aber kriegsfertig gemacht werden. Das Zündnadelgewehr sei nach 20 Jahren erst zu einer brauchbaren Waffe gemacht, deshalb bedürfe es sowohl der Beobachtung der auswärtigen Erfindungen wie der heimischen Proben. Wenn man sage, daß die Geschosse schließlich alle Panzer durchschlagen werden, so würden seines Erachtens doch noch zwei Kriege zur Entscheidung dieser Frage erforderlich sein. In diesen Kriegen bedürfe man aber noch der Panzer und Befestigungen. Unsere Nachbarn, schließt Redner, wissen, daß wir sie nicht angreifen wollen, sie sollen sich aber auch dessen bewußt werden, daß wir uns nicht angreifen lassen. Dazu bedürfe es einer starken Armee und Flotte. Er vertraue in dieser Frage dem Patriotismus des Hauses.

Abg. Dr. Braun: Es sei ganz unpassend, Stellen aus früheren Reden zu citiren, denn sie beschränkten sich auf Worte und verschwiegen den Zusammenhang. Es sei das eine leichte Art, sich den Wählern durch angebliche Konsequenz zu empfehlen. Er freue sich, daß ein so großer Theil der Vertretung statt einer bloßen Konsequenzreiterei dem Patriotismus und nur dem Patriotismus folge! (Beifall) Die Redensart, man müsse den Stier bei den Hörnern fassen, könne man doch nun endlich fortlassen. Er halte die Verhandlungen zwischen Reichstag und Bundesrath für nichts weniger als Stiergefechte. Bei der Einrichtung der preußischen Kontrole des Staatsschuldenwesens könnten Vorgänge wie die unter Hrn. v. Bruck in Oesterreich gar nicht vorkommen, die zu Folgen führten, welche zwar von gewissen Politikern bewundert würden, aber ohne zu sagen, ob sie ein verschämter oder unverschämter Bankerott sind.

Der Schluß der General-Debatte wird mit großer Majorität beschlossen. — Zu §. 1 spricht Abg. Duncker: Er weise den Vorwurf entschieden zurück, daß sich die Minorität nicht vom Patriotismus leiten lasse. Wenn einer der Herren Vorredner geäußert, daß das geeinigte Deutschland die nöthige Machtstellung auf die Armee und Flotte stützen müsse, so meine er, daß die Macht eines Staates sich doch auch noch auf andere Grundlagen stützen müsse, namentlich auf geregelte parlamentarische Rechte. Er empfiehlt die Ablehnung des Gesetzes. — Abg. Miquel: Er sei sehr erfreut, daß die heutige Debatte Gelegenheit gegeben habe, den Gegensatz zwischen seinen Freunden und der Fortschrittspartei zu konstatiren. Der Abg. Waldeck habe erklärt, daß selbst die Gefahr und Noth des Vaterlandes nicht Ursache sein dürfe, den Streit um parlamentarische Rechte zu sistiren! Seine Partei denke das Gegentheil. Die Herren von der Fortschrittspartei verkehrten die Frage; sie leugneten, daß ein Kompromiß vorliegt. Das heutige Verhalten der Regierungen sei entweder eine volle Widerlegung des Verdachts, daß sie durch Einstellung der Marine-Arbeiten eine Pression beabsichtigt haben, oder ein voller Rückzug. Die nationalliberale Partei sei nicht gewillt, große patriotische Zwecke einer bloßen Konsequenzmacherei zu opfern.

Abg. v. Schweitzer: Die Regierungen wollen Geld. Der Reichstag war der Ansicht, daß man dies Geld nicht geben könne ohne eine gewisse Garantie. Heute wird derselbe Vorschlag gemacht ohne Garantie, und Sie — wollen darauf eingehen. Ich konstatire daher im Interesse der Demokratie nur, daß eine solche Wendung unmöglich wäre, wenn diese Versammlung nicht blos scheinbar, sondern in Wirklichkeit aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen wäre. Nur das scheinbare allgemeine Wahlrecht konnte Mittelparteien, wie die national-liberale, in dies Haus bringen. Nicht an unseren, an ihren eigenen Patriotismus sich zu wenden, haben die Regierungen Veranlassung. — Abg. v. Roon giebt hierauf Erklärungen über die Marine-Reduktionen, die wir morgen früh ausführlich mittheilen werden. — Abg. Frhr. v. Moltke: Ich habe nur ein Mißverständniß des Herrn Abg. Duncker zu berichtigen und hoffe, mich dabei ebensowenig vom Artikel 1 des Gesetzes zu entfernen, als es die Herrn Vorredner gethan haben (Heiterkeit.) Ich habe nicht gesagt, wir brauchen ein einiges Deutschland, um ein großes Heer und eine große Flotte zu haben, sondern umgekehrt, daß wir Heer und Flotte brauchten, um zu einer Einigung zu gelangen, die dann hoffentlich einmal eine Herabsetzung dieser großen Ausgaben für militärische Bedürfnisse möglich machen würde. (Bewegung.) — Abg. Miquel wendet sich gegen mehrere Mißverständnisse des Abgeordneten v. Roon, wird jedoch vom Präsidenten als nicht zum §. 1 sprechend unterbrochen. — Die Diskussion über §. 1 ist geschlossen. — Vor der namentlichen Abstimmung über denselben wird das Amendement v. Bernuth mit großer Majorität (dagegen die Rechte) angenommen, welches den Schlußsatz: „Die Hauptverwaltung der Staatsschulden ist dafür verantwortlich, daß eine Konvertirung u. s. w.“, wie folgt, faßt: „Die im §. 6 des vorgenannten Gesetzes (nämlich des preußischen vom 24. Februar 1850) ausgesprochene unbedingte Verantwortlichkeit der Hauptverwaltung der Staatsschulden erstreckt sich auch darauf, daß eine Konvertirung u. s. w.“ — Der so amendirte §. 1 der Vorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 41 Stimmen der Fortschrittspartei, der äußersten Linken und einzelner Mitglieder der liberalen Fraktionen angenommen. (Mit Nein stimmen Ausfeld, Dr. Becker, Bock, v. Bockum-Dolffs, Böckel, Deutz, Duncker, Fries, Fühling, Hagen, Harkort, Heubner, v. Hilgers, v. Hoverbeck, Kantak, v. Kirchmann, v. Kleinsorgen, Kraus, Kreutz, v. Loë, Löwe, Lorentzen, zur Megede, Meullenberg, Dr. Müller (Lauban), v. Münchhausen, Neubronner, Pauli, v. Proff-Irnich, Reincke, Richter, Riedel, Runge, Schleiden, Schultze, v. Schweitzer, Waldeck, beide Wiggers, Ziegler, Zurmühlen.

Demgemäß wird §. 2 in der v. Bernuth empfohlenen Redaktion genehmigt und ebenso der Rest der Vorlage. Nach diesem ersten Beschluß, dem die definitive Genehmigung unzweifelhaft folgen wird, kündigt Präsident Delbrück, auf diese Voraussetzungen gestützt, die Aenderungen an, welche die nunmehr bevorstehende Effektuirung der Marineanleihe auf den Marine-Etat des Bundeshaushaltes pro 1869 ausüben wird. Die Vorberathung des Etats kann nunmehr fortgesetzt werden. — Das Haus ist in hohem Grade ermüdet, die Hitze im Saal kaum erträglich. Die Tagesordnung wird gleichwohl fortgesetzt. Der Postvertrag mit Belgien wird ohne Diskussion genehmigt. Endlich die Anträge zur Geschäftsordnung: 1) Graf Münster: das Mandat jedes Mitgliedes für erloschen zu erklären, das ohne Urlaub während 10 auf einander folgender Sitzungen fehle. 2) Reincke: Ein beschlußunfähiges Haus soll auch nicht debattiren. — Ref. Harnier beantragt die Ablehnung des Münsterschen Antrages. — Abg. Braun (Wiesbaden) für den Antrag: Energische Mittel seien anzuwenden, um die Beschlußfähigkeit des Hauses zu erhalten. Man komme über die Thatsache der Nichtbeschlußfähigkeit nicht dadurch hinweg, daß man denjenigen, der etwa Auszählung des Hauses beantrage, mit scheelen Augen ansehe, denn über diesem Hause sitze noch ein anderes höheres, wenigens höher situirtes Haus (auf die Journalisten-Tribüne haltend), das Niemand hindere, sobald es wolle, die Auszählung vorzunehmen und etwaige Nicht-Beschlußfähigkeit durch die Presse zu konstatiren. — Nachdem noch Abg. Schleiden den Antrag bekämpft, wird er zurückgezogen, unter dem Vorbehalte, ihn bei Gelegenheit wieder einzubringen. — Abg. Harnier referirt auch über den Antrag Reincke, wobei er sich lediglich darauf bezieht, daß der Wortlaut der Verfassung nur von der „Beschlußfähigkeit“ spricht, und daß ein praktisches Bedürfniß zur Annahme des Reincke'schen Antrages nicht vorhanden sei. — Abg. v. Hoverbeck ist zwar mit diesen Gründen nicht einverstanden, hält aber einen Beschluß des Hauses in dieser Frage nicht für nothwendig und ist darum gegen den Reincke'schen Antrag. — Der Antrag Reincke, von ihm selbst lebhaft vertheidigt, wird mit sehr großer Majorität abgelehnt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Quartierleistung, Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, Spielbanken, Antrag Wiggers betreffend das religiöse Bekenntniß. Der Präsident wird das Haus morgen fragen, ob diese Woche hindurch nicht Abendsitzungen abgehalten werden sollen (große Unruhe) und unter dem Eindruck dieser Ankündigung trennt sich die Versammlung.) (+ 26 Grad R.)

— Auf die Tagesordnung einer der nächsten Plenar-Sitzungen wird gesetzt werden die Schlußberathung über den Antrag des Abg. Frhrn. von Hagke: Der Reichstag wolle beschließen: den Bundeskanzler zu ersuchen, 1) die zur Wiederherstellung eines deutschen Reichsarchivs erforderlichen Schritte zu thun, und 2) dahin zu wirken, daß die öffentliche Archive der zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten diejenigen Reformen erhalten, welche dem wissenschaftlichen und dem nationalen Bedürfnisse entsprechen.“ — Referent ist der Abg. Dr. Bernhardi; Korreferent der Abg. Dr. Hüffer. — Der Antrag des Referenten lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: den vorstehenden Antrag anzunehmen und zwar mit dem weiteren Ersuchen an den Herrn Bundeskanzler, über die Art und Weise der Ausführung ein Gutachten sachkundiger Fachmänner einzuziehen, und unter Berücksichtigung desselben einen entsprechenden Betrag in den nächsten Haushalts-Etat des norddeutschen Bundes aufzunehmen.“ — Der Antrag des Korreferenten geht dahin: „Der Reichstag wolle beschließen: dem ersten Theile des Antrages des Frhrn. v. Hagke seine Zustimmung nicht zu geben; dem zweiten Theile, sowie dem Zusatzantrage des Herrn Referenten dieselbe zu ertheilen.“

Freiburg i. Schl., 15. Juni. Der König ist im besten Wohlsein um 4¾ Uhr Nachmittags in Alt-Liebichau eingetroffen. Nach Begrüßung durch den Grafen Burghaus und Namens des Fürstbischofs durch den Domherrn Neukirch, sowie Seitens des Offizierkorps des zweiten Jägerbataillons wurden dem König die Vertreter der Stadt Freiburg vorgestellt. Der König setzte, begleitet vom Fürsten zu Pleß, die Fahrt zu Wagen nach dem Schlosse Fürstenstein fort, wo derselbe vom Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien, Freiherrn v. Schleinitz und dem kommandirenden General v. Tümpling empfangen wurde.

Kiel, 15. Juni. Der Brand auf der Fregatte „Hertha" ist durch Wassereinlauf gelöscht worden. Das Schiff sank bis über die Kupferhaut und ist heute noch nicht leer gelaufen.

Schwerin, 15. Juni. Gegenüber der Meldung einiger Zeitungen, daß der Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein definitiv auf den 1. Juli d. J. festgesetzt sei, wird an unterrichteter Stelle versichert, daß über den Zeitpunkt des Eintritts noch nichts festgesetzt ist. Die nothwendigen Vorarbeiten dürften bis zum 1. Juli noch nicht vollendet sein.

Ausland.

Wien, 14. Juni. Es kommen immer mehr Indicien zu Tage, die dafür sprechen, daß die Mörder des Fürsten Michael von Serbien von politischen Motiven geleitet waren. Sie gehörten zu den Anhängern der Familie Karageorgiewitsch. Der 1858 entthronte Fürst Alexander, der bisher mit seiner Gemahlin zu Vöslau weilte, hatte sich in den letzten Tagen auf seine Güter in Niederungarn begeben. Die „Temesvarer Zeitung" erklärt ganz offen: „im Interesse Ungarns und Oesterreichs sei es erwünscht, wenn Fürst Karageorgiewitsch, der reichlich Zeit gehabt habe, über die Irrungen seiner ersten Regierungsperiode ins Reine zu kommen, um auf Grundlage der geschöpften Erfahrungen weise und friedlich zu regieren, auf den einmal schon innegehabten Fürstenstuhl reinstallirt würde." Die jungserbische Partei endlich war dem Attentat nicht fremd. — Die Kugeln, welche Anca, die Tochter Ephrems, des Bruders des alten Milosch, die Wittwe eines Constantinowitsch, bei dem Attentat an der Seite Michaels tödtlich trafen und deren Tochter Katharina gefährlich verwundeten, waren mit Absicht auf beide Damen gerichtet! Der Fürst hatte die Katharina heirathen wollen und die Hindernisse, die seinem Plane entgegenstanden, endlich beseitigt. Seine Ehe mit der Gräfin Hunyady, die kinderlos geblieben war, war nicht völlig gelöst. Alle früheren Versuche, eine gesetzliche Scheidung zu erzielen, scheiterten an dem Widerstand der betreffenden kirchlichen Behörde; weder das serbische, noch das Konstantinopeler, und ebensowenig das griechisch-orientalische Petersburger Patriarchat waren bisher weiter zu bewegen, als bis zur Trennung von Tisch und Bett des Fürsten von seiner Gemahlin. Nnn sollen sich jedoch diese geistlichen Autoritäten neuestens gefügiger gezeigt haben und die Möglichkeit der Geburt eines Thronfolgers näher gerückt sein. Daher der gleichzeitige Anfall auf den Fürsten und seine Cousine. Wer von den Verschworenen verhaftet ist, darüber gehen die Nachrichten noch auseinander, desgleichen über die bürgerliche Stellung derselben. Nach den Einen sind es der Gymnasialdirektor von Belgrad, Radovanowitsch und dessen beide Söhne, der eine Ingenieur, der andere Advokat. Andere sprachen von einem Radovanowitsch, der wegen Wechselfälschung vor nicht langer Zeit zu Schanzarbeit verurtheilt worden war. Einigen Nachrichten zufolge soll der gefangene frühere Gymnasialdirektor in seinem ersten Verhör ausgesagt haben, er habe den Fürsten und dessen Cousine Anca umgebracht und auch die Tochter der Letzteren zu tödten versucht, weil der Fürst seine Tochter verführt und um ihre Ehre gebracht habe. Wenn aber auch Familienrache das Motiv der That war, so war derselben die Politik doch nicht fremd. Der für die Karageorgiewitsch wirkende Geheimbund erstreckte sich bis nach Ungarisch-Serbien hinein bis Neusalz; Mitglied desselben soll auch Peter, der Sohn des entthronten Alexander sein.

Wien, 15. Juni. Die „Neue freie Presse" stellt die Nachricht in Abrede, wonach Milan Obrenovich bereits von Paris die Reise nach Belgrad angetreten haben sollte. — Das Blatt meldet, der serbische diplomatische Agent Ristic habe sich von Wien nach Paris begeben, um den jungen Fürsten nach Belgrad abzuholen.

Paris, 13. Juni. Mehrere auswärtige Blätter, namentlich auch die „Times", hatten sich über eine Art von Rekognoszirung berichten lassen, welche die Straßburger Militairautoritäten kürzlich in sehr demonstrativer Weise von Kehl aus das rechte Rheinufer hinab unternommen hätten. Der „Constitutionel" führt diese Geschichte auf folgenden, ganz harmlosen Hergang zurück. Seit mehreren Jahren beschäftigten sich die französische und die badische Regierung mit der Regulirung des Rheinstromes. An vielen Stellen haben die Ausstrahlungen des Flusses bedenklichen Schaden angerichtet und Reparaturen und steinerne Befestigungen nöthig gemacht. Die an den Ufern wohnenden Bevölkerungen verlangen, mit jedem Tage mehr bedroht, diese Arbeiten in der dringendsten Weise. Die badische Regierung hat sich, man muß das anerkennen, in der löblichsten Weise beeilt, die Arbeiten auf dem rechten Ufer in Angriff zu nehmen. Wir unsererseits sind minder vorgeschritten. Durch ein Kaiserliches Dekret vom 25. Januar 1867 wurde für die Vollendung der Rheinarbeiten ein Kredit von 18 Millionen eröffnet, der sich aber auf 18 Jahre vertheilt. Wäre es nicht mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache angemessen, die jährlichen Bewilligungen durch Einschränkung des Kredits auf einen kürzeren Zeitraum zu vermehren? Diese Frage legte sich von selbst nahe und führte zu einer Art von Enquête, einer Untersuchung an Ort und Stelle, an welcher der General der Division (Dulrot), der Präfekt und die Ingenieure Theil nahmen. Die Maires der betheiligten Gemeinden wurden einberufen. Eine Untersuchungsfahrt wurde auf dem Rhein unternommen; sie dauerte drei Tage. Das Schiff der Ingenieure ging von der Schweiz bis nach Rheinbaiern, von Basel bis nach Lauterburg, ungefähr 184 Kilometer. Diese gewiß sehr friedliche Rekognoszirung ist es, welche der Korrespondent der „Times" in eine Art von Invasion des deutschen Gebietes verwandelt. Er verwechselt und verwirrt Alles; er nimmt Hagenau für Hüningen, Deiche für Befestigungen und Fernröhre für Chassepotgewehre. Wissenschaftliche Beobachtungen verwandeln sich für ihn in strategische Studien und eine einfache Promenade in eine Kavalleriecharge; er glaubt die Trompete von Balaklava zu hören."

Belgrad, 15. Juni. Die Beziehung des Fürsten Karageorgievich als Hauptes der Verschwörung zu dem Attentat gegen das Leben des ermordeten Fürsten Michael tritt immer entschiedener in den Vordergrund. Es verlautet, die provisorische Regierung dürfte sich bewogen finden, ein Auslieferungsersuchen an Oesterreich zu stellen. Die provisorische Regierung hat ein Beileidsschreiben vom rumänischen Hause der Abgeordneten erhalten.

— Die Verhaftungen dauern fort. Die Verhafteten gehören der sogenannten Revolutions-Omladina an. Darunter befinden sich drei Verwandte des Fürsten Karageorgievich, Prof. Stangevich und die Senatoren Sternatovich und Meterovich, ferner der Hauptmann bei der Kavallerie Nevadovich, dessen Bruder Sinid Nevadovich und der Zuchthausdirektor Nevadovich.

— Lord Stanley hat den hier residirenden britischen Generalkonsul F. A. Longworth angewiesen, der provisorischen Regierung das Beileid der Königin auszudrücken. Gleichzeitig wird die Erwartung ausgedrückt, daß die Regierung sich bei Behandlung der Thronfolgefrage auch fernerhin fremden Einflüssen unzugänglich erweisen werde. England wolle seinen ganzen Einfluß dahin aufbieten, daß die Erledigung der Thronfolgefrage unbeirrt von fremden Einflüssen und dem serbischen Volkswillen entsprechend herbeigeführt werde.

Alexandria, 13. Juni. Die früher von dem Könige Theodorus gefangen gehaltenen Europäer Rosenthal, Rassam und Stern sind gestern von hier nach England abgegangen.

Pommern.

Stettin, 16. Juni. Die Sr. K. H. dem Kronprinzen zu Ehren vom Offizierkorps der Garnison gestern veranstaltete Festfahrt nach Frauendorf war vom herrlichsten Wetter begünstigt. Die Gesellschaft hatte sich auf die beiden Festschiffe „Wolliner Greif" und „Haff" vertheilt. Am Bord des ersteren befand sich der Kronprinz. Auf „Elisenhöhe" wurde das Souper eingenommen, während dessen die Musikkorps des Königs- und des 14. Infanterie-Regiments abwechselnd konzertirten. Gegen 10 Uhr schiffte sich die Gesellschaft ein und die beiden Festschiffe, denen eine ganze Dampfer-Flotille folgte, traten im mäßigsten Tempo die Rückfahrt an. Viele Etablissements am diesseitigen Oder-Ufer waren durch bengalische Flammen erleuchtet, hin und wieder wurden auch Raketen und andere Feuerwerkskörper abgebrannt. Erst gegen 11 Uhr erfolgte die Landung unter tausendstimmigem Hurrah der am Bollwerk versammelten Volksmenge.

Heute Vormittag nach beendeter Inspektion gab Se. Königl. Hoheit der Kronprinz den Spitzen der hiesigen Civilbehörden in seinem Palais ein Dejeuner. Um 12½ Uhr erfolgte per Extrazug die Abfahrt nach Alt-Damm. Von dort fährt der Kronprinz per Extrapost nach Pyritz, inspizirt das Füsilierbataillon des 9. Regiments und begiebt sich sodann zur Inspizirung des 1. und 2. Bataillons desselben Regiments nach Stargard. Nach Beendigung der Inspizirung findet ein Diner des Offizier-Korps und sodann die Rückreise nach Berlin statt. Später begiebt sich der Kronprinz zur Inspektion nach Neuvorpommern.

— Dem Vernehmen nach ist dem Herrn Polizei-Direktor von Warnstedt der Rothe Adlerorden 3. Klasse verliehen und ihm derselbe heute Seitens der Königlichen Regierung übersandt worden.

— Die Zufuhr zum heutigen Wollmarkt war stark. Sie betrug 18,637 Ctr. (gegen 16,763 Ctr. im vorigen Jahre). Die Wäsche ist in Folge der Dürre durchweg nur eine mittelmäßig gute, in einigen Fällen allerdings ausgezeichnet. Das Schurgewicht ist, wo mit Lupinen gefuttert wurde, 8 bis 10 pCt. höher als voriges Jahr; in Gegenden jedoch, wo die Züchter auf Heufutterung angewiesen, da das Heu theilweise durch den Regen verdorben war, hat man bis 15 pCt. Untergewicht pro Haupt. Früh war das Geschäft sehr stille, gegen 8 Uhr belebte sich dasselbe bei steigendem Preisabschlag, der von 2½ bis 10 Thlr. pro Ctr. gegen das Vorjahr differirte. Ganz ordinäre Bauerwollen waren total vernachlässigt, wurden von 34 bis 37 Thlr. bezahlt, Mittelwollen brachten 57½ bis 60½, Dominialwollen 61 bis 64 Thlr., ganz feine von vorzüglicher Wäsche vereinzelt 67 Thlr.; zu letzterem Preise sind Partieen, die voriges Jahr 76 Thlr. holten, aus dem Markt zu Lager genommen, andere nach Berlin dirigirt. Händler, die auf den Gütern Wolle mit 62 Thlrn. bezahlt hatten, haben diese hier bis 3 Thlr. niedriger wieder abgegeben. Gegen Mittag verflaute das Geschäft abermals und war bis dahin nur circa ¼, höchstens ⅓ der Zufuhr verkauft. Die wenigen anwesenden Fabrikanten waren sehr zurückhaltend, da der Absatz in Tuchen fehlt, die meiste Wolle ist daher von Spekulanten genommen.

— Die Bezirks-Regierungen sind veranlaßt worden, die evangelischen Geistlichen, Kirchenvorsteher und Kirchenpatrone auf den in Berlin bestehenden Verein für religiöse Kunst in der evangelischen Kirche hinzuweisen. Die Thätigkeit dieses Vereins, zu dessen Vorstande auch der Minister der geistlichen Angelegenheiten, Dr. v. Mühler, gehört, erstreckt sich insbesondere auch auf die Beschaffung von Altargemälden und der zum Schmuck des Innern der Kirchen und zum Gottesdienste gehörigen Gegenstände und will hierbei mit Rath und That behülflich sein.

Vermischtes.

Coblenz. Beim Schlusse der Prozession am Frohnleichnamsfest in Oberlahnstein fiel allgemein ein Mann auf, welcher bleich an einer Mauer lehnte. Er galt allgemein als ein Trunkener, bis ein vorübergehender Arzt ihn genauer ins Auge faßte, einen Erschöpften erkannte und für den Leidenden edle Menschenfreunde interessirte. Der Mann war ein Schwabe, der in fünf Tagen von Constanz bis hierher gewandert war, gestern Abend Mainz verlassen hatte und, weil ihm die Geldmittel ausgegangen, ohne Nahrung geblieben war. Er fand Erquickung, er fand Hülfe, welche ihn durch das Dampfboot nach seinem Bestimmungsorte Düsseldorf brachte. Der Schwabe hatte bei Werthheim gegen die Norddeutschen gefochten, war dort unter sein Roß gefallen, das ihn mit seiner Wucht gedrückt hatte, so daß er seit der Zeit kränkelte. Er ist einer jener Schreier, sagte ein Umstehender, welche unsere deutsche Bruderhand zurückstoßen. Dann gerade, entgegnete ein Preuße, haben wir die Verpflichtung, uns seiner anzunehmen und dem Schreier durch Wohlthaten den Mund zu schließen. Wenn der Schwabe wieder nach seinem Rothweil an den Neckar zurückkommt, wird er seinen Landsleuten gewiß keinen Preußenhaß predigen.

— (Wie man in Hamburg spekulirt.) Frl. Gallmeyer bemerkte nach den ersten Debuts in Hamburg, daß ein eleganter junger Mann stets in der ersten Reihe des Parterres saß und sie mit Beifall überhäufte. Gegen derartige Aufmerksamkeiten ist keine Schauspielerin unempfindlich, und bald belohnte ein freundlicher Seitenblick die Bemühungen des Applaudirwüthigen. Ermuthigt durch diese zarte Aufmerksamkeit, wartete der Jüngling vor dem Bühnenausgange, Frl. Gallmeyer erkannte ihn trotz der herrschenden Dunkelheit, und kühn trat er heran und erbat sich die Erlaubniß, sie im Hotel besuchen zu dürfen. Diese ward ihm nach einigem Widerstreben gewährt, und am andern Tage fand sich der Hamburger Jüngling in ihrem Salon ein. Die Bekanntschaft mit dem schwärmerischen Jüngling amüsirte die Lokalsängerin, und Beide sahen betrübten Sinnes dem Ende des Gastspieles entgegen. Am Vorabende der Abreise des Frl. Gallmeyer von Hamburg fand sich der schüchterne Jüngling bei seiner Gönnerin wieder ein. Sie sah ihm an, daß er etwas auf dem Herzen habe. „Was druckt Di denn, mei Bubi?" sagte sie zu ihm in dem ermuthigendsten Tone, und zögernd erwiderte der Angesprochene: „Ich habe eine Bitte, es dürfte leicht sein, mir sie zu erfüllen, gedulden Sie sich einen Augenblick, ich springe nur in meine Wohnung nnd bringe die Kassette sogleich her." In froher Ahnung verbrachte die Schauspielerin die Spanne Zeit bis zur Wiederkehr des Jünglings. Der Schüchterne, dachte sie, er traute sich nicht einmal mir ein Souvenir zu überreichen. Was es wohl sein mag? Doch sie hatte nicht lange Zeit zur Ueberlegung, der Bittsteller war bereits zurückgekehrt, ein zierliches Kistchen unterm Arm. „Sehen Sie, mein Fräulein," sagte er — indem er das Kästchen öffnete — „die feinsten Bremer Cigarren. Sie haben ja viele noble Bekanntschaften in Wien, nehmen Sie doch das Musterkästchen mit und rekommandiren Sie mich bei den Wiener Kavalieren. Ich bin ein Cigarrenhändler am Platze und garantire Ihnen zehn Prozent Rabatt." Die Enttäuschung und Entrüstung zu schildern, die sich in den Zügen des Frl. Gallmeyer abspiegelte, wäre vergebliche Mühe. Für den Kenner der Launen unserer Soubrette ist es wohl überflüssig, die komische Geschichte mit dem Schlusse zu ergänzen, daß der Jüngling mit sammt seinen „Importirten" sich plötzlich vor dem Thore des Hotels befand, ohne daß er wußte, wie er so schnell ein „Exportirter" geworden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 15. Juni c. wurden auf hiesigem Viehmarkt an Schlachtvieh zum Verkauf aufgestellt:

An Rindvieh 1460 Stück. Die Zutriften waren verhältnißmäßig zu hiesigem Platzbedarf zu stark, obgleich einige hundert Stück Ochsen nach den Rheinlanden verkauft wurden, so konnte beste Qualität doch nur 16 bis 17, mittel 12—14, ord. 9—11 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht erzielen.

An Schweinen 2535, welche bei sehr flauem Verkehr und gedrückten Preisen nicht geräumt werden konnten, selbst feine Kernwaare konnte nicht 17 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erreichen.

An Schafvieh 17,304 Stück. Bei ungewöhnlich starken Zutriften war der Verkauf sowohl für hiesigen Platzbedarf als auch Exportgeschäfte nicht lebhaft genug, um mehr als mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können, es blieben daher eine bedeutende Anzahl Hammel unverkauft.

An Kälbern 956 Stück, welche ebenfalls nur zu gedrückten Preisen aufgeräumt werden konnten.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 15. Juni, Vormittags. Angekommene Schiffe: Ocean Maid, Noble von Burntisland. Hoffnung, Laß von Danzig. Andreas Gustav, Näslund von Lübeck. Marie, Bartels von Kopenhagen. Brutus, Borgwardt von Saßnitz. Ceres (SD), Braun von Kiel. Stettin (SD), Brander von Leith. Anne Kristine, Johanson von Bergen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Juni. Witterung: schön. Temperatur + 18° R. Wind NO.

An der Börse.

Weizen steigend bezahlt, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 88 bis 96 Rt., bunter poln. 88—91½ Rt., ungarischer geringer 62—72 Rt. bez., besserer Sorten 73—78 Rt. bez., feiner 79—83 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Juni 91 bez. u. Gd., 92 Br., Juni-Juli 86—86½ bez. u. Gd., Juli-August 83—83½ bez. u. Br, 83¼ Gd., Septbr.-Oktober 75½ bis 76½ bez. u. Gd.

Roggen fest und zu anziehenden Preisen gehandelt, pr. 2000 Pfd. loco 55—58 Rt. bez., 79—81pfd. 58¼—60 Rt. bez., 82—83pfd. 62 bis 63½ Rt. bez., Juni 57¾—58½ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 55¼—56 Rt. bez., Juli-August 51¾—52¾ Rt. bez. u. Gd., 53 Br., September-Oktober 50½—51¼ Rt. bez. u. Gd., 51½ Br.

Gerste fest, per 1750 Pfd. loco schles., mährische u. ungar. 45—48 Rt. bez., Oderbruch 44 Rt. bez.

Hafer unverändert, per 1300 Pfd. loco 34½—36 Rt. bez., 47- bis 50pfd. Juni 35 Rt. bez., Juni-Juli 34½ Rt. bez.

Erbsen ohne Umsatz.

Winterrübsen pr. Juli-August successive Lieferung 69 Rt. bez., August-Septbr. 71 Rt. nom., Septbr.-Oktober 72½ Rt. bez.

Rüböl still, loco 10 Rt. bez. u. Br., Juni 9⅚ Rt. Br., Juni-Juli u. Juli-August do., Sept.-Oktober 9¾ Rt. bez., 9⅔ Gd.

Spiritus fest, loco ohne Faß 18⅛ Rt. bez., Juni u. Juni-Juli 17 19/24 Rt. bez., Juli-August 18 1/12 Rt. Br., 18 Gd., August-September 18⅓ Rt. bez., Septbr.-Oktbr. 17⅔ Rt. bez., 17 7/12 Gd., Oktober-Nov. 16⅓ Rt. bez

Angemeldet: 50 Wspl. Roggen, 10,000 Qrt. Spiritus.

Berlin, 16. Juni, 2 Uhr 9 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84 bez. Staats-Anleihe 4½ % 95½ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136¼ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¾ Gd. Oesterr. National-Anleihe 55⅝ bez. Pomm. Pfandbriefe 85½ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 184½ bez. Wien 2 Mt. 81⅛ bez. London 3 Mt. 6. 23¾ bez. Paris 2 Mt. 81 bez. Hamburg 2 Mt. 150½ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 72½ Br. Oesterr. Banknoten 88 bez. Russ. Banknoten 83¼ bez. Amerikaner 6 % 78¼ bez.

Weizen Juni 71½ bez, 72 Gd. Roggen Juni 51½, 53 bez., Juni-Juli 51½, 52¾ bez., Juli-August 49¾, 51¼ bez. Rüböl loco 10⅙ bez., Juni 9 11/12 bez., Sept.-Oktober 9 11/12, ⅞ bez. Spiritus loco 18¾ bez., Juni-Juli 18⅙, ½ bez., Juli-August 18⅙ bez., ½ Gd., August-Sept. 18⅓, ⅝ bez.

Hamburg, 15. Juni. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco matt, auf Termine Anfangs weichend, später fester. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 149 Bankothaler Br., 148 Gd., pr. Juni-Juli 143 Br., 142 Gd., per Juli-August 137 Br., 136 Gd. Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 91 Br., 90 Gd., per Juni-Juli 90 Br., 89 Gd., per Juli-August 87 Br., 86 Gd. Hafer sehr stille. Rüböl stille, loco und pr. Juni 21, per Oktober 22. Spiritus stille, 25½. Kaffee verkauft 1000 Sack Rio loco. Zink sehr geschäftslos. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 15. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen per Juni 212, per Juli 211. Rüböl per November-Dezember 34¼.

London, 15. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 31,359, Gerste 14,803, Hafer 48,463 Quarters.

Englischer Weizen knapp, nur ausgezeichnete Qualität 1 Sch. höher, fremder leblos, Preise nominell. Gerste im Laufe letzter Woche 1 Sch. gewichen. Hafer lebhaft. Stadtmehl 4 Sch. niedriger. Leinöl loco Hull 32. — Sehr schönes Wetter.